

abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz
abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz
abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz
abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz
abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz
abcdefghi
jklmnopq
rstuvwxyz



ZDH

ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS

Datenschutz

praxisgerecht gestalten

5 Maßnahmen für eine mittelstandsfreundliche
EU-Datenschutz-Grundverordnung

Berlin, Januar 2013

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

Vorbemerkungen

Das deutsche Handwerk unterstützt die Pläne der Kommission zur Einführung einer EU-Datenschutz-Grundverordnung und spricht sich ausdrücklich für ein hohes Datenschutzniveau im gesamten europäischen Binnenmarkt aus.

Die Anforderungen an den Datenschutz stellen Unternehmen bereits heute vor große Herausforderungen. Hierbei sind vor allem kleine und Kleinstbetriebe, zu denen die überwiegende Anzahl der Handwerksbetriebe zählt, betroffen. Deshalb muss der Gesetzgeber darauf achten, den Datenschutz so effektiv und passgenau wie möglich zu gestalten.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Datenschutz nicht nur globale IT-Konzerne angeht. Die Grundverordnung samt aller zu beachtenden Vorschriften gilt ebenso uneingeschränkt für die gesamte Offline-Wirtschaft. Umso wichtiger ist es, bei der Reform des Datenschutzes nicht nur die datenschutzrechtlich zum Teil bedenklichen Praktiken einiger Konzerne der Online-Wirtschaft vor Augen zu haben, sondern das gesamte Spektrum der weit überwiegend verantwortungsvoll agierenden Betriebe zu berücksichtigen. Schärfere Regeln müssen deshalb gezielt auf bestehende Risiken bei sozialen Netzwerken und Suchmaschinen zugeschnitten sein, dürfen aber nicht pauschal und zulasten der gesamten Wirtschaft eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund hat der ZDH den Verordnungsentwurf sowie die darauf aufbauenden Änderungsvorschläge des Berichterstatters im federführenden LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments, Jan Philipp Albrecht, auf ihre praktische Auswirkung für Betriebe und die Selbstverwaltungsträger des Handwerks untersucht. Im Nachfolgenden haben wir die wichtigsten fünf Regelungsaspekte der Verordnung für die Handwerkspraxis dargestellt und formulieren Vorschläge für eine effektivere Regelung, die den Bedürfnissen der Praxis stärker Rechnung tragen, ohne dabei den Schutz des Betroffenen zu mindern.

Im Überblick:

- **Effektiver Datenschutz statt unnötiger Bürokratie, Art. 14 Abs. 1**
- **Abschaffung der Benachteiligung öffentlicher Stellen, Art. 6**
- **Datennutzung erlauben, wenn diese im offensichtlichen Interesse des Betroffenen ist, Art. 6**
- **Unterscheidung von sensiblen, gewöhnlichen und Adressdaten, Art. 6**
- **Gesundheitshandwerker nicht unnötig belasten, Art. 81**

Maßnahme Nr. 1:

Effektiver Datenschutz statt unnötiger Bürokratie

⇒ Was sieht die Verordnung vor?

Art. 14 verpflichtet Datennutzer, dem Betroffenen vor Erhebung der Daten unaufgefordert zahlreiche Informationen auszuhändigen. Dies umfasst u. a.:

• Name und Kontaktdaten des Verarbeiters • Benennung des Datenschutzbeauftragten des Verarbeiters • Zweck der Datenverarbeitung • allg. Vertragsbedingungen • Dauer der Speicherung • Auskunftsrechte • Berichtigungsrechte • Lösungsrechte • Widerspruchsrechte • Beschwerderechte bei Aufsichtsbehörden • Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde • Empfänger der Daten • Absicht bzgl. Auslandsübermittlung • Datenschutzniveau im Zielland • Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission • Folgen einer Verweigerung • **etc.**

⇒ Was schlägt der Berichterstatter vor?

Die Änderungsanträge Nr. 125 ff. sehen eine Ergänzung des Kommissionsvorschlags um weitere Informationspflichten vor. So soll unter anderem zusätzlich die Kategorie der gesammelten Daten genannt, die Logik der automatisierten Datenverarbeitung verständlich erklärt und die Gründe für die Annahme des Verarbeiters aufgeführt werden, weshalb sein Interesse Vorrang vor den Grundrechten des Betroffenen haben soll.

⇒ Was bedeutet das für Handwerksbetriebe?

Ein Handwerker, der z. B. zwecks Kostenvoranschlags zum Kunden kommt, kennt zwangsläufig bereits dessen Namen und Adresse. Erteilt der Kunde vor Ort den Auftrag, muss der Handwerker neben den ohnehin schon umfangreichen Verbraucherinformationen (z. B. Kontaktdaten, Widerrufsrechte, Codes of Conduct etc.) zusätzlich sämtliche Angaben über die Verwendung der Kundendaten aushändigen, obwohl er nicht mehr als die ihm bereits bekannten Daten (Name, Adresse und evtl. Telefonnummer) benötigt. Ob der Kunde all diese Informationen möchte, spielt keine Rolle. Das ist nicht nur praxisfern, sondern reine Bürokratie.

⇒ Was sollte geändert werden?

Bei den Informationspflichten darf nicht derselbe Fehler wiederholt werden wie im Verbraucherrecht. Ein schlichtes Mehr an Information führt nicht automatisch zu höherer Transparenz und Klarheit für den Betroffenen. Im Gegenteil: Eine regelrechte Flut an Detailinformationen führt – ähnlich wie bei AGB – zu Unübersichtlichkeit und Verständnisschwierigkeiten.

Die zahlreichen Informationen des Art. 14 sollten dem Betroffenen deshalb nur nach entsprechender Aufforderung bereitgestellt werden müssen.

Maßnahme Nr. 2:

Abschaffung der Benachteiligung öffentlicher Stellen

⇒ Was sieht die Verordnung vor?

Art. 6 normiert verschiedene Bedingungen, wonach eine Datennutzung zulässig ist.

Nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) ist eine Datennutzung erlaubt, wenn:

"die Verarbeitung [...] zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen erforderlich [ist], sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. Dies gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung."

⇒ Was schlägt der Berichterstatter vor?

Obwohl der Berichtsentwurf eine umfassende Neugestaltung des Art. 6 Abs. 1 vorsieht, soll nach Ansicht des Berichterstatters (Änderungsvorschlag 100) die Vorschrift weiterhin nicht für Behörden gelten.

⇒ Was bedeutet das für die öffentlichen Handwerksorganisationen?

Handwerkskammern unterhalten Beratungsstellen, die Handwerksbetriebe zu Fragen der Betriebsführung unterstützen. Um ein passgenaues Beratungsangebot zu gewährleisten, müssen u. a. statistische Auswertungen der Beratungsleistungen durchgeführt werden. Hierzu werden notwendigerweise bestimmte Daten von den Beratungsstellen erhoben und verarbeitet. Da Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) nicht für öffentliche Stellen gilt und auch kein anderer Erlaubnistatbestand der Verordnung einschlägig ist, kommt auch hier allein die Einwilligung jedes einzelnen beratenden Betriebs in Betracht. Dies stellt jedoch einen unnötigen Formalismus dar und bedeutet für alle Beteiligten lästige Bürokratie.

⇒ Was sollte geändert werden?

Die Benachteiligung von Behörden muss behoben werden. Denn gerade Handwerksorganisationen sind Dienstleister ihrer Mitglieder und deshalb ebenso kundenorientiert wie Betriebe und benötigen eine gewisse Flexibilität der Datennutzung.

Der letzte Satz des Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) bzw. des Änderungsvorschlags Nr. 100 sollte ersatzlos gestrichen werden.

Maßnahme Nr. 3:

Datennutzung erlauben, wenn diese im offensichtlichen Interesse des Betroffenen ist

⇒ Was sieht die Verordnung vor?

Nichts! Die vorgesehenen Erlaubnistatbestände für eine zulässige Datenverarbeitung ermöglichen keine Datennutzung, die offensichtlich im Interesse des Betroffenen steht. Damit trägt die Verordnung zahlreichen Dienstleistungen keinerlei Rechnung. Stattdessen muss ein weiteres Mal der umständliche Weg über die Einwilligung gegangen werden.

⇒ Was schlägt der Berichterstatter vor?

Auch der Berichterstatter spart diesen Aspekt trotz seiner insgesamt 350 Änderungsanträge vollständig aus und trägt dem diesbezüglichen Bedürfnis der Praxis keine Rechnung.

⇒ Was bedeutet das für Handwerksbetriebe?

Kfz-Werkstätten, die ihre Bestandskunden z. B. an den nächsten TÜV-Termin erinnern wollen, müssen hierfür zwangsläufig die Daten des Kunden verwenden. Obwohl dieser Service offensichtlich im Interesse des Kunden steht, kann sich der Handwerksbetrieb auf keine gesetzliche Grundlage in der Verordnung stützen. Folge ist, dass auch in diesem Fall die Werkstatt von jedem einzelnen Kunden eine gesonderte Einwilligung zur Verwendung seiner Daten allein für diesen Zweck einholen muss. Auf diese Weise wird Kundenorientiertheit und Dienstleistungsbereitschaft durch formalen Bürokratismus behindert.

⇒ Was sollte geändert werden?

Es wäre weitaus praxis- und interessensgerechter, die Erhebung und Nutzung von Daten zu gestatten, wenn die Datenverwendung offenkundig im Interesse des Betroffenen steht, ohne hierfür in jedem Einzelfall seine Einwilligung einholen zu müssen.

Es empfiehlt sich deshalb, einen entsprechenden Erlaubnistatbestand in Art. 6 der Verordnung aufzunehmen. Dieser könnte – orientiert an § 14 Abs. 2 Nr. 3 BDSG – lauten:

Das Speichern, Verändern oder Nutzen ist zulässig, wenn offensichtlich ist, dass es im Interesse des Betroffenen liegt, und kein Grund zu der Annahme besteht, dass er in Kenntnis des anderen Zwecks seine Einwilligung verweigern würde.

Maßnahme Nr. 4:

Unterscheidung von sensiblen, gewöhnlichen und Adressdaten

⇒ Was sieht die Verordnung vor?

Die Verordnung unterscheidet lediglich zwischen sensiblen und allen übrigen Daten. Die Erhebung und Verarbeitung von Daten, die nicht als sensibel eingestuft werden, unterliegen alle denselben Anforderungen. Folge dieser groben Einteilung ist, dass Informationen z. B. über das Vermögen, körperliche Gegebenheiten (Gewicht, Größe, Alter) oder der Familienstand in gleicher Weise behandelt werden wie eine Adresse.

⇒ Was schlägt der Berichtstatter vor?

Anstatt einer stärkeren Differenzierung von verschiedenen Datenkategorien beabsichtigt der Berichtstatter weitere Daten den sensiblen Daten zuzuordnen. Dies gilt etwa für die Identität des Geschlechts (Änderungsantrag Nr. 112, Art. 9 Abs. 1).

⇒ Was bedeutet das für Handwerksbetriebe?

Handwerksbetriebe speichern i. d. R. nur die Daten ihrer Bestandskunden. Diese werden weder verkauft noch zum Profiling benutzt. Anders als im deutschen Recht können Betriebe nach Maßgabe der Verordnung Adressen ihrer Kunden nicht unter erleichterten Bedingungen nutzen, um z. B. gezielt über neue Produkte zu informieren. Würde die geschlechtliche Identität als sensibles Datum behandelt, hätten Betriebe zwar Kenntnis von den Vornamen ihrer Kunden, dürften sie jedoch nur unter verschärften Voraussetzungen mit „Herr“ oder „Frau“ anschreiben.

⇒ Was sollte geändert werden?

Ebenso wie eine differenzierte Handhabung von sensiblen Daten erscheint es praxisgerecht, eine weitere Kategorie von Daten herauszustellen, deren Verarbeitung unter erleichterten Voraussetzungen möglich ist. Dies betrifft typischerweise Kontakt- und Adressdaten. Die Erfahrungen mit dem deutschen Datenschutzrecht haben gezeigt, dass etwaige Erleichterungen bei der Nutzung von Adressdaten den Bedürfnissen der Praxis Rechnung tragen, ohne dabei den Schutz der Betroffenen zu verringern.

Angelehnt an die deutsche Regelung sollte ein Erlaubnistatbestand in Art. 6 Abs. 1 eingefügt werden, der die Nutzung von Adressdaten zu Werbezwecken erleichtert.

Die Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung ist zulässig, soweit es sich um Daten über Angehörige einer Personengruppe handelt, die sich auf die Zugehörigkeit des Betroffenen zu dieser Personengruppe, seine Berufs-, Branchen- oder Geschäftsbezeichnung, seinen Namen, Titel, akademischen Grad, seine Anschrift und sein Geburtsjahr beschränken, und die Verarbeitung oder Nutzung erforderlich ist.

Maßnahme Nr. 5:

Gesundheitshandwerker nicht unnötig belasten

⇒ Was sieht die Verordnung vor?

Nach Artikel 81 Abs. 1 Buchst. a) ist die Verarbeitung personenbezogener Gesundheitsdaten nur zulässig, wenn sie notwendig ist "für Zwecke der Gesundheitsvorsorge oder der Arbeitsmedizin, der medizinischen Diagnostik, der Gesundheitsversorgung oder Behandlung oder für die Verwaltung von Gesundheitsdiensten, sofern die Verarbeitung dieser Daten durch dem Berufsgeheimnis unterliegendes ärztliches Personal erfolgt oder durch sonstige Personen, die nach mitgliedstaatlichem Recht, einschließlich der von den zuständigen einzelstaatlichen Stellen erlassenen Regelungen, einer entsprechenden Geheimhaltungspflicht unterliegen".

⇒ Was schlägt der Berichterstatter vor?

Der Berichterstatter lässt die Vorschrift in diesem Zusammenhang unverändert.

⇒ Was bedeutet das für Betriebe des Gesundheitshandwerks?

Optiker, Hörgeräteakustiker oder Orthopädietechniker müssen zur Durchführung von Verträgen neben dem Namen und den Kontaktdaten zusätzlich Gesundheitsdaten des Kunden (z. B. Diobtriezahl) speichern. Die Verwendung dieser Daten darf nach Maßgabe der Verordnung nur durch ärztliches Personal erfolgen. Optiker und andere Gesundheitshandwerker stehen deshalb vor der Wahl, entweder den gesamten Kundenkontakt durch angestellte Ärzte abzuwickeln oder sich für jeden einzelnen Auftrag eine Einwilligung des Kunden einzuholen. Dass beide Alternativen nicht sinnvoll sind, liegt auf der Hand. Insbesondere die Einwilligung des Kunden stellt einen nutzlosen Formalismus dar, da die Gesundheitsvorsorge durch den Handwerker nur mit Verwendung der Gesundheitsdaten möglich ist.

⇒ Was sollte geändert werden?

Die Regelung des Art. 81 Abs. 1 muss dahingehend ergänzt werden, dass Gesundheitshandwerker und dessen Angestellte zur Erhebung und Nutzung der Daten per Gesetz befugt werden.

Art. 81 abs. 1 Buchst. a) könnte wie folgt ergänzt werden:

"...sofern die Verarbeitung dieser Daten durch Berufsangehörige eines qualifizierten Gesundheitshandwerks oder dem Berufsgeheimnis unterliegendes ärztliches Personal erfolgt oder durch sonstige Personen, die nach mitgliedstaatlichem Recht, einschließlich der von den zuständigen einzelstaatlichen Stellen erlassenen Regelungen, einer entsprechenden gesetzlichen oder vertraglichen Geheimhaltungspflicht unterliegen".